

Wolfgang Juchem

---

# **DIE MISSRATENE DEMOKRATIE**

**Aufstieg und Fall  
einer politischen Fremdgeburt**

---

***Wenn Demokratie „Volksherrschaft“ bedeutet,  
dann ist die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
meilenweit vom versprochenen Ideal entfernt.***

***Tatsächlich  
wachen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges  
nach wie vor peinlich darüber,  
daß der Gestaltungsrahmen bundesdeutscher Politik  
dort seine Grenzen hat, wo die Interessen  
internationaler Macht- und Finanzstrategen  
berührt werden.***

<http://aktion-freies-deutschland.org>

<http://volkstrestimme.org>

**Wolfgang Juchem**

# **DIE MISSRATENE DEMOKRATIE**

**Aufstieg und Fall  
einer politischen Fremdgeburt**

**Erstauflage: 2006**

**Selbstverlag Aktion Freies Deutschland  
WOLFGANG JUCHEM  
37230 HESS.-LICHTENAU, Postfach 1186**



## V o r w o r t

Der Wortlaut dieser Broschüre hält sich eng an einen Vortrag zum Thema „**Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland**“, den der Autor in zahlreichen Veranstaltungen vor unterschiedlichem Publikum, auch bei konkurrierenden Parteien und anderen Organisationen gehalten hat und auch künftig (mit aktualisierten Bezügen) halten wird.

Ein altes Sprichwort besagt: „**Jedes Volk erhält d i e Regierung, die es verdient hat**“. Im vorliegenden Falle aber sollten wir eine solche Unterstellung entschieden zurückweisen, weil die staatlichen- und von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges verordneten Rahmenbedingungen es gar nicht zulassen, daß die Menschen in Deutschland wirklich frei und unabhängig ihre politischen Vorstellungen artikulieren- und in die Tat umsetzen können. Die Kluft zwischen den angeblich verbürgten Freiheitsrechten des Grundgesetzes und der Praxis im politischen Alltag wird immer größer.

**Seit Jahren werden die Deutschen verraten und verkauft, belogen und betrogen, zum Eigenhaß erzogen, ausgeplündert und beraubt, als Dauer-Melkkuh stets mißbraucht, von Fremden unterwandert und verlacht, und eines Tages wird man auch noch den letzten freiheitlich Engagierten mundtot machen...**

Verantwortlich für diesen beschämenden und selbstzerstörerischen Zustand sind jene volksvergessenen Politiker, die in karrierebesessener Eitelkeit den internationalen Langzeitstrategen nach dem Munde reden, und dabei das eigene Volk in Arbeitslosigkeit und Schuldensumpf zugrunde gehen lassen. Nur ein entschlossenes Umdenken im Wahlverhalten der Deutschen kann die politische Wende bringen. Unsere Kinder und Kindeskinde werden uns eines Tages fragen, was w i r h e u t e , in unseren Tagen getan haben, um die Zukunft des

deutschen Volkes in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern!

**„Was wir hier haben, ist eine  
Seifenblasen-Demokratie!“**

(Günter Verheugen, SPD / bis 1982 FDP; z. Zt. EU-Kommissar in  
Brüssel, am 31. 05. 1991; 22.05 Uhr in der WDR-3-Sendung ‚ZAK‘)

## **Eine traurig-realistische Zustandsbeschreibung**

Nach offizieller Diktion leben die Menschen in Westdeutschland seit 1949 im „freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte“, - und diesem beglückenden Zustand durften sich die Bürger der vormaligen „DDR“ am 3. Oktober 1990 anschließen.

Noch erinnern wir uns alle an die turbulenten Ereignisse nach jenem 9. November 1989, als die mörderische Grenze inmitten unseres Landes endlich ihre Schrecken verloren hatte, als Mauern, Stacheldraht und Minenfelder nach und nach verschwanden...

Mit welcher Freude, mit welcher innerer Bewegtheit und auch mit welchen Erwartungen haben wir damals teilgenommen an diesen großartigen- und lange herbeigesehnten Veränderungen! Natürlich freuen wir uns auch heute noch uneingeschränkt über die politische Wende in Europa, über das Ende des „Kalten Krieges“ und der Ost-West-Konfrontation ; - aber wohl niemand hätte sich damals vorstellen können, daß das geeinte Deutschland schon wenige Jahre später in einer gefährlichen Existenzkrise stecken werde. Obwohl die politische Klasse und die anderen am System Verdienenden auch heute noch beschönigend abwiegeln und die Augen vor der aufziehenden

Katastrophe verschließen, spürt die übergroße Mehrheit der Deutschen immer schmerzlicher, daß die angeblichen „Volksvertreter“ ihr eigenes Volk (nicht nur im übertragenen Sinne) zur Schlachtbank führen...

Jenseits unserer Grenzen werden vermutlich nicht wenige schadenfroh die Hände reiben, wenn sie den rapiden Niedergang des einst so bewunderten und weltweit geachteten Volkes der „Dichter und Denker“ beobachten. Vielleicht können sie es gar nicht fassen, daß die Bürger in Deutschland trotz der unübersehbaren Fehlentwicklung mehrheitlich immer noch jene Parteien wählen, die das alles verschuldet haben...

In der Tat schaut in den Wahlkabinen den Wählern ja niemand über die Schultern; - man hätte also durchaus die Möglichkeit, **a n d e r e** Politiker und damit auch eine **a n d e r e R e g i e r u n g** zu wählen, aber dennoch bleibt es von Bundestagswahl zu Bundestagswahl, von Landtagswahl zu Landtagswahl im Großen und Ganzen bei der gewohnten, und manchmal wohl gar vererbten routinemäßigen Stimmabgabe. Ja, selbst wenn es größere Kräfteveränderungen unter den derzeitigen Bundestagsparteien gäbe, würde sich an der Generallinie der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt nichts zum Besseren verändern, weil sich diese Herrschaften im Bundestag und in den Länderparlamenten bekanntlich bei allen ihren Debatten und Gesetzesinitiativen selten danach richten, ob diese auch wirklich **d e m d e u t s c h e n V o l k e** nützen. Immer und zuallererst fragt man sich dort: **„Was wird wohl das Ausland dazu sagen?“**

Im Wahljahr 1998 ließ der später zum neuen Außenminister berufene JOSCHKA FISCHER die Katze vollends aus dem Sack, als er freimütig erklärte: **„Wenn sich die Mehrheiten verändern sollten, mag es eine andere Koalition geben.“**

**Aber es wird keine andere Politik der Bundesrepublik Deutschland geben...**" (s. „UN" Nr. 9 / 1999) Im Klartext heißt dies, daß auch langfristig noch die Interessen der internationalen Abzocker über den Interessen Deutschlands stehen.

**Wir sehen: mit den Politikern der heutigen Bundestagsparteien ist eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes einfach nicht möglich!**

Zwar lassen auch sie sich gerne „Volksvertreter" nennen, aber von Legislaturperiode zu Legislaturperiode wird unsere Frage brennender und berechtigter, welches Volk sie eigentlich zu vertreten gedenken. Ihr eigenes Volk jedenfalls haben sie (auch wenn das viele Deutschen immer noch nicht erkennen wollen) in die gefährlichste Existenzkrise seit dem Dreißigjährigen Krieg hineingeführt.

Von außen gesehen, sind wir zwar immer noch vermeintlich ein „wohlhabendes" Land, - aber in dieser Republik ist so gut wie alles auf einem gigantischen-, ja astronomischen Schuldenberg entstanden, auf einem Schuldenberg, der auch für kommende Generationen jede Aussicht auf eine sichere Zukunft schon jetzt verbaut!

Diese auf Pump errichtete Schein- und Glitzerwelt wurde ganz systematisch von den Helfershelfern langfristig planender Finanzmagnaten geschaffen. Die sattsam bekannten internationalen Geld-Jongleure sind an der bundesrepublikanischen Verschuldungspolitik nicht nur deshalb interessiert, weil sie als routinierte Geldverleiher über Zins- und Zinseszins stetig das eigene Familien- und Sippenvermögen risikofrei vermehren, sondern auch, weil sie auf diese Weise ihren Einfluß auf die Politik und die Abhängigkeit Deutschlands kontinuierlich ausbauen können. Im Sommer 2003 war es dem israelischen Geschäftemacher HAIM SABAN gelungen, etwa die Hälfte aller privaten Fernsehanstalten in Deutschland



handstreichartig an sich zu reißen, wobei ihm nach eigenem Eingeständnis sowohl der israelische Ministerpräsident als auch Bundeskanzler Schröder und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber hilfreiche Dienste leisteten... („SPIEGEL" Nr. 19/2004).

Seit Jahren schon sorgt eine hemmungslose Privatisierungswelle staatlicher Einrichtungen für die systematische Enteignung unseres Volkes zugunsten ausländischer Großaktionäre.

Mit klammheimlicher Freude spricht man jenseits unserer Grenzen ganz offen von einer Welle „feindlicher Übernahmen" lukrativer deutscher Großkonzerne, wobei die neuen Firmenchefs, wie zahlreiche Beispiele belegen, immer nur steigende Aktienwerte, - nicht aber die Arbeitsplätze und das Wohl der Beschäftigten und deren Familien im Auge haben.

**Längst ist es so, daß wir Deutschen nicht mehr Herr im eigenen Hause sind; - und das ist zweifellos die eigentliche Ursache für alle Übel unserer Zeit!**

Unserem Volk und unserem Land ist es inzwischen sehr, sehr teuer zu stehen gekommen, daß im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten über Jahrzehnte hinweg keine demokratisch-nationale Oppositionspartei als v o l k s - t r e u e s K o r r e k t i v wirken konnte.

Die jetzt überall sichtbare Talfahrt ins politische Chaos hätte verhindert werden können, wenn man aufkeimende Fehlentwicklungen und Gefahren den Bürgern und Wählern bereits während ihrer Entstehungsphase und während der Entscheidungsprozesse hätte verdeutlichen können.

Auch die Massenarbeitslosigkeit, zig-tausendfache Firmenpleiten, der Zusammenbruch unserer Sozialsysteme, das Renten-Chaos, die Bildungskatastrophe, ausgeplünderte Kommunen, die schon erwähnte astronomische Staatsver-

schuldung, die kometenhafte Zunahme der Schwerstkriminalität, der Asylantenschwindel, - ja sogar der selbstmörderische, volksdezimierende **G e b u r t e n s c h w u n d**, - alle diese krankhaften und zerstörerischen Zeiterscheinungen hätte es nicht gegeben, wenn Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten von nationalbewußten-, demokratischen Patrioten gelenkt worden wäre, - von Politikern, die sich trotz der permanenten antideutschen Schmutz- und Lügenkampagnen ein Herz für Deutschland bewahrt haben, - und die sich deshalb im wahrsten Sinne des Wortes als **w i r k l i c h e V o l k s v e r t r e t e r** verstehen!

Daß die etablierten Parteien, aber auch die Massenmedien, Gewerkschaftler und Kirchenvertreter systematisch zusammenwirken, um jede nationale Regung (und erst recht eine volkstreue Partei) bereits im Keime zu ersticken, das wirft ein bezeichnendes Bild auf das **w a h r e** Demokratieverständnis dieser „staatstragenden“ Institutionen und Persönlichkeiten. **S i e** buhlen um die Gunst der Mächtigen von jenseits unserer Grenzen, lassen sich von ihnen mit Orden, anderen Ehrenzeichen und Doktorhüten betören, aber das eigene Volk bleibt dabei auf der Strecke...

**Der angeblich „freiheitlichste Staat der deutschen Geschichte“ entpuppt sich mehr und mehr als ein m i ß r a t e n e s S u b j e k t , das sich selbst zerstört.**

So stellt sich für viele Zeitgenossen nicht erst seit heute die ernste Frage, ob des Übels Kern vielleicht die „**D e m o - k r a t i e**“ selbst sei, weil diese ja in der Tat eine regelrechte Brutstätte-, bzw. eine ideale, fruchtbare Basis für zahlreiche zerstörerische Auswüchse bietet.

In Friedrich Schillers letztem Werk „Demetrius“ (1805) gibt der große deutsche Dichter **s e i n e** Antwort auf den Wert von Mehrheitsentscheidungen: **„Was ist die Mehrheit? Mehrheit**

ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen... Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. Der Staat muß untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

**„Wenn es heute darum ginge, zwischen Nation und Verfassung zu wählen, dann würden wir Sozialdemokraten keine Minute zögern: wir würden die Nation der Verfassung vorziehen.“**

(Reichspräsident Friedrich Ebert im Jahre 1922)

## **Die parlamentarische Demokratie: Segen oder Fluch?**

Schon vor 2400 Jahren hatte der griechische Philosoph PLATON/PLATO (427 - 347 v. Chr.) nur Hohn und Spott übrig für die „DEMOKRATIE“, die in ihrer zügellosen Förderung „unersättlicher Freiheit“ die Auflösung jeder Ordnung und die Ausgangsbasis der Tyrannei bedeute.

Zahlreiche Staats- und Völkerrechtler haben während der vergangenen zweihundert Jahre vor den Auswüchsen der sog. „DEMOKRATIE“ gewarnt und die große Versuchung machtgeriger Kartelle angeprangert, mit den Mitteln heuchlerischer Verführungskünste die breiten Massen an sich zu binden, um so die eigene Herrschaft abzusichern.

Selbst der vormalige SPD-Bundeskanzler HELMUT SCHMIDT erklärte auf einer Tagung in TUTZING am Ammersee: **„Die Demokratie ist mit unsäglichen Geburtsfehlern belastet, die unbehebbar sind. Zum Beispiel mit dem Geburtsfehler, daß nicht derjenige recht kriegt, der recht**

**hat, sondern daß derjenige recht kriegt und Recht setzen kann, der die Mehrheit hat."**

Helmut Schmidt meinte hier natürlich die „Mehrheit“ in den Parlamenten - und nicht die Mehrheit der Wähler oder gar die Mehrheit des Volkes...

Wenn heute verantwortungsbewußte Deutsche auch nur den Hauch einer Kritik am „demokratischen System“ der Bundesrepublik Deutschland erkennen lassen, werden sie regelmäßig als „Verfassungsfeinde“ oder als Rechts- bzw. Linksextremisten diffamiert. Auch dann, wenn sie nach den schmerzlichen Erfahrungen vielfältigen Macht-Mißbrauchs im 20. Jahrhundert eine wirksame demokratische Kontrolle staatlicher Macht grundsätzlich und ohne Abstriche befürworten.

Mit dieser Schrift werde ich so etwas wie die „Quadratur des Kreises“ versuchen, weil ich persönlich, trotz aller angedeuteten und noch folgenden Besonderlichkeiten, nicht die „DEMOKRATIE“ als solche ablehne oder anprangere, sondern die Praxis eines Systems, das zwar heuchlerisch als „Demokratie“ gepriesen wird, aber mit „Volksherrschaft“ im wirklichen Sinne nur noch ganz ganz wenig oder gar nichts mehr zu tun hat.

Bei meinen zahlreichen Vortragsveranstaltungen während der vergangenen Jahrzehnte gab es immer wieder heiße Diskussionen zum Thema „Demokratie“, - und ich erinnere mich nur allzu gut, wie schnell man mißverstanden werden kann, wenn man zu diesem G r u n d s a t z - T h e m a eine differenzierte-, von Kritikern abweichende Meinung vertritt... Erst wenn es mir gelang, ganz offenkundige Widersprüche in der Argumentation dieser Kritiker aufzuzeigen, waren sie geneigt, über den eigenen Standpunkt in Sachen „Demokratie“ nachzudenken.

E i n ganz gravierender Widerspruch wird deutlich, wenn eingefleischte, unversöhnliche „Demokratiefeinde“ strikt darauf hinweisen und darauf bestehen, daß die sogenannte WEIMARER VERFASSUNG ihre Gültigkeit für uns Deutsche nach wie vor nicht verloren habe, - daß die WEIMARER VERFASSUNG juristisch, völkerrechtlich, auch heute noch in Kraft sei! **D e m können und müssen selbstverständlich alle deutschen Patrioten ohne jede Einschränkung zustimmen, - alleine schon deshalb, weil die WEIMARER VERFASSUNG vom 11. August 1919 die letzte deutsche Verfassung darstellt, die vom Deutschen Volke in freier Selbstbestimmung verabschiedet wurde!** Die WEIMARER VERFASSUNG wurde weder 1933 noch 1945 außer Kraft gesetzt bzw. „ungültig“, - und im Gegensatz zu ihr ist das Nachkriegs-„GRUNDGESETZ“ der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND n i e m a l s dem Deutschen Volke zu einer V o l k s a b s t i m m u n g vorgelegt worden! Darauf müssen wir deutschen Patrioten immer wieder hinweisen!

**H i e r wurzelt auch unser strikter und unverzichtbarer Anspruch auf die völkerrechtliche Fortdauer-, auf den Fortbestand des**

## **DEUTSCHEN REICHES!**

Allerdings, und an dieser Stelle kann ich alle Patrioten nur bitten, dies genauso zu halten wie ich : w e n n wir strikt an der WEIMARER VERFASSUNG festhalten, dann können wir uns daraus nicht nur bestimmte Teil-Passagen herauspicken; sonst würden wir unglaubwürdig. Wir dürfen deshalb nicht übersehen, daß es in dieser Verfassung schon im Artikel 1 heißt:

**„Das Deutsche Reich ist eine Republik“**; - und somit können wir auch nicht ignorieren, daß die WEIMARER REPUBLIK eine

sogenannte „Parlamentarische Demokratie“ und der REICHSTAG ein Mehrparteien-Parlament war! Daß dieser „teuerste Gesangverein Deutschlands“, wie damals das Mehrparteien-Parlament von seinen Kritikern verächtlich genannt wurde, an seinen strukturellen- und personenbezogenen Unzulänglichkeiten zugrunde ging und völlig versagte, das ist eine ganz andere Frage... Auch daß mit dem sogenannten „Ermächtigungsgesetz“ vom März 1933 („GESETZ ZUR BEHEBUNG DER NOT VON VOLK UND REICH“) die Versagerparteien aus dem Reichstag ausgebootet wurden, kann nicht als Indiz für das Ende der WEIMARER VERFASSUNG gelten.

Das „**Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich**“ war auch aus Sicht vieler Nicht-Nationalsozialisten im DEUTSCHEN REICHSTAG eine absolut notwendige Maßnahme, um die katastrophalen Zustände im DEUTSCHEN REICH mit mehr als sechs Millionen Arbeitslosen, mit einer ständig zunehmenden Verarmung weiterer Bevölkerungskreise und einer rapide wachsenden Kriminalitätsentwicklung Herr zu werden!

Nachdem auch schon vor 1933 per „Notverordnungen“ die demokratischen Freiheitsrechte eingeschränkt waren (und dennoch das Chaos immer größer wurde), waren zahlreiche Abgeordnete auch der sogenannten „demokratischen Parteien“ erklärtermaßen mit ihrem „Latein am Ende“, und sie haben deshalb (zusammen mit den Abgeordneten der NSDAP) diesem „Ermächtigungsgesetz“ zugestimmt.

Objektiv betrachtet, kann man deshalb auch heute noch für die Reichstagsentscheidung vom März 1933 Verständnis haben, weil sie als Notwehrmaßnahme in einer absoluten Ausnahme-Situation galt. (Bekanntlich hatte auch der spätere erste Bundespräsident Prof. Theodor Heuss dem „Ermächtigungsgesetz“ seine Zustimmung gegeben!

Heuss war von 1924 bis 1928 als „DDP“-Reichstagsabgeordneter-, und von 1930 bis 1933 für die „Deutsche Staatspartei“ im Reichstag!)

Derselbe Professor Theodor Heuss konnte unbeanstandet vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, vier Jahre nach Ende des **auch von ihm mitbegründeten nationalsozialistischen Einparteien-Systems** problemlos BUNDES-PRÄSIDENT in der neuen „BUNDESREPUBLIK“ werden. Man stelle sich einmal vor, unter den heutigen politischen Verhältnissen stünde für dieses Amt ein Kandidat zur Wahl, der im Jahre 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“ zugestimmt hatte...

Abgesehen davon, daß dies jetzt schon aus Altersgründen ausgeschlossen ist, wäre eine solche Nominierung h e u t e u n d e n k b a r ; - ein medialer Aufschrei ginge durch alle Presse-Organen des In- und Auslandes.

Ich erwähne dies nur, um auch an diesem Beispiel die inzwischen total veränderte Geistesverfassung in Deutschland zu dokumentieren...

In den ersten Jahren und Jahrzehnten nach Kriegsende hatte der geistige Verblödungsprozeß noch nicht diese abartigen Ausmaße angenommen, und niemand regte sich damals sonderlich darüber auf, daß es z.B. neben Bundespräsidenten auch Bundeskanzler und zahlreiche Minister gab, die bis 1945 stramme Nationalsozialisten waren...

Aber lassen Sie mich zurückkehren zu m e i n e r Definition des Begriffs „Demokratie“ und der Behauptung, daß das, was heute so salbungsvoll als „Freiheitlich-demokratische Ordnung“, als „allseits verteidigungswürdige Demokratie“ besungen wird, in Wahrheit mit DEMOKRATIE, mit „VOLKSHERRSCHAFT“ nicht allzuviel zu tun hat:

I c h möchte mich dabei nicht am immerwährenden Streit beteiligen zwischen der ursprünglichen Wort-Ableitung aus

dem Alt-Griechischen („demos“ = „Abschaum“ / Herrschaft des Abschaums bzw. des Pöbels...) und der spätestens seit 1789 (Französische Revolution) geläufigen Wortdeutung („Demokratie“ = „Volksherrschaft“).

Unzählige Schülergenerationen rund um den Erdball haben inzwischen gelernt, „Demokratie“ bedeute „Volksherrschaft“, - ja das Volk sei der eigentliche Souverän in einem „demokratischen Staat“, - und folglich setzten die gewählten „Volksvertreter“ in den Parlamenten grundsätzlich jene politischen Bedürfnisse als allgemeinverbindliche Gesetze und Verordnungen um, die von einer eindeutigen Mehrheit der Wählerschaft so gewollt seien.

In dieser Definition des Wortes „Demokratie“ besteht heute weltweit ein unmißverständlicher Konsens. Deshalb wollen und müssen wir unseren Beurteilungs-Maßstab genau hier anlegen, wenn wir zu einer gerechten und verbindlichen Einschätzung des politischen Systems der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND gelangen wollen.

**Die grundsätzlich höchste Anforderung an den demokratischen Staat besteht in seinem unbeugsamen Willen und seiner Fähigkeit, das eigene Staatsvolk, die eigene Nation, als gewachsene Kultur-, Sprach- und Schicksalsgemeinschaft zu erhalten und notfalls gegen alle Gefahren von innen und außen zu verteidigen!**

Das behaupten nicht nur wir Patrioten, sondern dies geht auch ganz klar aus dem Urteil des BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS vom 21. Oktober 1987 hervor, wo eindeutig und unmißverständlich auf die Verpflichtung der Bundesregierung hingewiesen wird,

**„die Identität des deutschen Volkes zu erhalten“!**



Ein Staat, dessen Spitzenpolitiker aus mangelndem Verantwortungsbewußtsein oder als Interessenvertreter ausländischer Mächte die systematische Dezimierung des eigenen Volkes und/oder dessen Unterwanderung und Verdrängung durch fremde Völkerschaften zulassen, kann schon alleine auf Grund dieses Krankheits-Symptoms nicht mehr als „Demokratie“ angesehen werden. Denn wenn das über viele Generationen gewachsene Stammvolk als rechtmäßiger Erbe und als vermächtnisverwaltender Kulturträger ausscheidet oder wesentlich an Einfluß verliert, **wird der Demokratie-Begriff zur Farce!**

Was heute hier bei uns in Deutschland bevölkerungspolitisch gespielt wird, ist geradezu eine Perversion des demokratischen Gedankens, weil letztlich die **Abschaffung des eigenen Volkes** über die vom deutschen Stammvolk auch noch finanzierte **Überfremdung** mit Nachdruck amtlich betrieben wird !

**„Wir müssen unsere kulturelle Identität wahren!“**

(Professor Arnulf Baring, Historiker im ‚SPIEGEL‘ Nr. 42 / 2005)

## **Die bundesdeutsche Nachkriegsordnung**

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 dauerte es bekanntlich nicht lange, bis das deutschfeindliche Zweckbündnis der Westmächte mit Stalins Terror-System an seinen inneren und äußeren Widersprüchen zerbrach. Der aufziehende „Kalte Krieg“ zwischen Ost und West zwang die führenden Politiker in WASHINGTON, LONDON und PARIS zu Überlegungen, wie man die drei westlichen Besatzungs-

zonen am wirksamsten in das eigene Verteidigungskonzept gegenüber MOSKAU integrieren könne.

So entstand der Plan zur Gründung eines eigenständigen Staatsgebildes auf dem Territorium zwischen Deutschlands Westgrenze und der sowjetischen Einflußsphäre. An westdeutschen Kollaborateuren zur Verwirklichung dieses Vorhabens fehlte es nicht, obwohl jedermann hätte erkennen müssen, daß dieser Schritt die deutsche Teilung auf unabsehbare Zeit zementierte. Dem späteren ersten Bundeskanzler der „Bundesrepublik Deutschland“, Dr. Konrad Adenauer, konnte es gar nicht schnell genug gehen, daß die amerikanische-, britische- und französische Besatzungszonen ins Bett der sogenannten „Westlichen Wertegemeinschaft“ schlüpfen durften, um später gar eigene Streitkräfte zur Unterstützung der NORDATLANTISCHEN VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT (NATO) aufzustellen.

So übertrug man ihm, dem vormaligen (1917-1933) Oberbürgermeister von KÖLN, im Jahre 1948 die Präsidentschaft des PARLAMENTARISCHEN RATES, der auf Anordnung der westlichen Alliierten eine **provisorische** Verfassung für die neu zu gründende BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND erarbeiten sollte. Aus guten Gründen scheute man sich, den Entwurf des juristischen Rahmens für den neuen Teilstaat offiziell „Verfassung“ zu nennen, weil unter Rechtsgelehrten Einmütigkeit darüber bestand, daß die WEIMARER VERFASSUNG -wie auch vorhin schon betont- alle Wirren der Zeit überstanden- und über das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg hinaus ihre Gültigkeit nicht verloren hatte.

So erhielt das vom Parlamentarischen Rat erarbeitete politisch-juristische Rahmenwerk die Bezeichnung „GRUNDGESETZ“ und wurde am 23. Mai 1949, dem Gründungstag der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, im

Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Selbst einer der kompetentesten Schöpfer dieses Grundgesetzes, der Staats- u. Völkerrechtler Professor Dr. Carlo Schmid (SPD), bezeichnete die „BUNDESREPUBLIK“ mit ihrem „GRUNDGESETZ“ als **„Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“**. **Mit der Schaffung dieses Konstrukts hätten die westlichen Siegermächte gegen das Völkerrecht verstoßen...**

Das GRUNDGESETZ litt von Anfang an unter zwei gravierenden „Schönheitsfehlern“, wobei das Wort „Schönheitsfehler“ noch als eine wohlwollende Untertreibung des Übels zu verstehen ist.

1. Die 65 Mitglieder des PARLAMENTARISCHEN RATES konnten keineswegs, alleine dem eigenen Gewissen folgend, u n a b h ä n g i g ihre Arbeit tun; - sie wurden in wesentlichen Bereichen bevormundet, ja genötigt, sobald die westlichen Sieger-Regierungen ihre Vorstellungen (bzw. ihre eigenen Interessen) in diesem Gesetzeswerk verankern wollten.

Wir können davon ausgehen, daß den leutseligen „Vätern des Grundgesetzes“ die spätere Tragweite bestimmter Formulierungen überhaupt nicht bewußt war, daß sie sich in ihrer typisch deutschen-, politisch-naiven Gutgläubigkeit gar nicht vorstellen konnten, welche Tücken und Fallen (auf Siegerwunsch hin listig formuliert) in einigen Artikeln eingebaut wurden. Denken wir in diesem Zusammenhang z.B. nur an den winzigen, aus vier Wörtern bestehenden Schluß in Absatz 2 des ursprünglichen Artikel 16, der über mehr als vier Jahrzehnte lautete: **„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“**, und von dem dann später Hunderttausende-, ja Millionen Fremde aus der ganzen Welt (zusammen mit zahlreichen gewinnsüchtigen bundesdeutschen Rechtsverdrehern) einen einklagbaren „ A n s p r u c h “ auf Unterbringung und Versorgung-

später gar auf „Bleiberecht“ in Deutschland ableiteten... In den Jahren 1948/1949, als unsere Städte in Schutt und Asche lagen, wäre kein Mitglied des Parlamentarischen Rates darauf gekommen, daß die listige Formulierung im Grundgesetz-Artikel 16 Jahrzehnte später als juristische Falle für das Hereinschleusen ganzer Armeen von Asylbetrügnern und Scheinasylanten mißbraucht werden könnte.

2. Das GRUNDGESETZ wurde weder damals noch in der Zwischenzeit (und auch nicht nach der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland) dem eigentlichen S o u v e r ä n , nämlich dem Deutschen Volk zur Abstimmung vorgelegt, obwohl es in seinem letzten Artikel, dem Artikel 146 GG unmißverständlich heißt:

**„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“**

**Die etablierten Parteien aber fürchten sich vor der Realisierung dieses absolut gewichtigen und wertvollen Versprechens „wie der Teufel vor dem Weihwasser“, weil eine öffentliche Diskussion über den Inhalt einer neuen Verfassung den krassen Widerspruch der Volksmeinung zu den überstaatlich verordneten Passagen des heutigen Grundgesetzes offenbaren würde.**

Inzwischen hat sich nämlich herumgesprochen, daß z.B. die erwähnte kostenträchtige Masseninvasion der Scheinasylanten auf einen skrupellos-heimtückischen Plan US-amerikanisch-zionistischer Langzeitstrategen während des Zweiten Weltkrieges zurückgeht, wobei die damaligen Initiatoren erklärtermaßen im Ergebnis auf nichts weniger abzielten als auf die **A u s r o t t u n g d e s d e u t s c h e n V o l k e s !**

(Der Vollständigkeit halber erinnere ich an dieser Stelle an die Völkermord-Pläne der Herren MORGENTHAU, NATHAN KAUFMAN und Professor HOOTEN).

Stellen wir uns einmal vor, bei den Diskussionen über eine neue Verfassung kämen diese absolut heißen Themen aufs Tablett...

Nicht auszudenken, was die ISRAEL-hörige „BILD-Zeitung“ und die anderen Blätter des Axel-Springer-Verlages an journalistischen Purzelbäumen und zornigem Kriegsgeschrei so von sich gäben...

Und bekanntlich ist es nicht nur der Axel-Springer-Verlag, sondern eigentlich fast alle Zeitungsverlage in Deutschland, darüber hinaus noch viel gewichtiger die Radio- und Fernseh-Redaktionen, die mit ihrer jahrzehntelangen Medien-Dauerberieselung im Sinne der Siegermächte von 1945 ein Klima schufen, das die Deutschen in ihrer übergroßen Mehrheit zu unmündigen- und geschichtslosen Polit-Analphabeten erzog. Diesen massenpsychopatischen Zustand unseres Volkes beschreibt der bekannte Berliner Psychologe Professor Dr. Weinschenk mit dem medizinischen Fachausdruck „Induziertes Irresein“...

Tatsächlich hat man es mit der antivölkischen Dauerberieselung auf zwei bundesdeutsche Nachkriegsgenerationen geschafft, eine ganz neue „Spezies“ von Deutschen zu kreieren, - einen Menschenschlag, der äußerlich zwar immer noch aufrecht geht, der aber in seiner psychischen Verfassung weitgehend zu einem kranken „Bückling“ bzw. „Kriechtier“ mutiert ist!

Die Massenmedien tragen deshalb neben den Schulen und den verantwortungslosen Polit-Kreaturen die Haupt-schuld an der überall sichtbaren antideutsch-amoralischen Gleichgültigkeit und Verkommenheit weiter Bevölkerungskreise!

**Gerade weil wir im Prinzip ja anerkennen, daß zu einer glaubhaften und funktionierenden Demokratie frei gewählte Volksvertreter und eine FREIE PRESSE gehören, können und dürfen wir die verlogene-, selbstsüchtige-, und an den Wünschen ausländischer Globalstrategen orientierte Praxis im angeblich „freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte“ nicht hinnehmen!**

Wir bekämpfen nicht die DEMOKRATIE als solche, wenn es sich wirklich und wahrhaftig um ein freiheitliches System handelt, in dem der Wille des Volkes die Richtlinien der Politik bestimmt.

Nein, unsere Kritik und unser politischer Kampf gelten jenen Vaterlands- und volksvergessenen Politikern und Mediengestaltern, die das bestehende System für eigene Interessen mißbrauchen und ausländische, fremde Machtansprüche über die Lebensinteressen unseres eigenen Volkes stellen. Daß sich inzwischen mehrere private Fernsehsender mit allen ihren volkspädagogischen Möglichkeiten in den Händen ausländischer und/oder ISRAEL-orientierter Verlagshäuser und Multimillionäre befinden, ist ein absolut unannehmbarer Vorgang und zugleich ein unverschämter und skrupelloser Anschlag auf unsere vielbesungene DEMOKRATIE. Einflußreichste Spitzenpolitiker in Berlin und anderswo haben sich als strafwürdige Kollaborateure fremder Machtstrategen betätigt, als sie deren anmaßenden Einbruch in die deutsche Medienwelt unterstützten.

**„Für eine Nation ist nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern, aus ihrem eigenen Allgemeinbedürfnis hervorgegangen, ohne Nachäffung einer anderen...“**

(Johann Wolfgang von Goethe am 4.01.1824 zu Eckermann)

## **„Demokratie" als Machtinstrument der Antidemokraten**

Nun könnte man hunderte Beispiele anführen, wie unter dem Deckmäntelchen der „Demokratie" das genaue Gegenteil von „Volksherrschaft" stattfindet.

Nicht nur hier bei uns, sondern auch in den anderen Staaten der sogenannten „Westlichen Wertegemeinschaft" (ausgenommen die Schweiz) wird den Menschen zwar täglich das schöne Bild einer „freiheitlichen Demokratie" vorgegaukelt, aber in Wahrheit haben sie in den zentralen Fragen der „hohen Politik" nicht die geringste Chance zum Mitgestalten. S i e dürfen lediglich alle paar Jahre ihr Kreuzchen auf dem Stimmzettel anbringen, auf einem Wahlschein, den einige wenige unter den engagierten Parteimitgliedern zusammengestellt haben. Dabei sind die Mitglieder aller bestehenden Parteien zusammengenommen nur eine verschwindende **Minderheit** innerhalb der Gesamtbevölkerung, nämlich etwa 2,2 P r o z e n t !

Berücksichtigt man, daß von diesen Parteimitgliedern nur ganz wenige bei der Kandidatenauswahl mitwirken dürfen, so wird deutlich, daß bei Bundestags- oder „EUROPA“-Wahlen mehr als 99 Prozent der Bevölkerung überhaupt keinen Einfluß auf die Kandidaten-Aufstellung haben. S i e dürfen lediglich solche Politiker wählen oder ablehnen, die vorher von eigensüchtigen Parteifunktionären als „Kandidaten" ausgesucht wurden. Die Praxis zeigt regelmäßig, daß kritische und volkstreuere Politiker „rechtzeitig" ausgebootet werden, wie auch das Schicksal von MARTIN HOHMANN (CDU) aus dem Landkreis Fulda belegt. Eine freie Auswahl von engagierten, kompetenten und glaubwürdigen Vertretern deutscher Interessen ist deshalb praktisch ausgeschlossen! Professor Dr. Hermann Oberth, der weltweit hochgeachtete „Vater der Raumfahrt", beschrieb schon sehr früh diesen beschämenden Trend: „Im Leben

stehen einem anständigen Charakter so und so viele Wege offen, um vorwärts zu kommen. Einem Schuft stehen bei gleicher Intelligenz und Tatkraft auf gleichem Platz diese Wege auch alle offen. Daneben aber auch noch andere, die ein anständiger Kerl **n i c h t** geht. E r hat daher mehr Chancen, vorwärts zu kommen; und infolge dieser negativen Auslese findet eine Anreicherung der höheren Gesellschaftsschichten **mit Schurken** statt."

**So erleben wir regelmäßig, daß die nach heutigem System in den Bundestag entsandten Abgeordneten und die dann von ihnen bestimmten Regierungen n a c h d e n W a h l e n m a c h e n , w a s s i e w o l l e n , - a u c h wenn dies eindeutig dem Mehrheitswillen des Volkes widerspricht...**

Man nennt diese „freiheitliche Errungenschaft" „**REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE**", aber schon mit dieser Bezeichnung wird **die ganze Lüge** des Systems offenbar, weil bei den politischen Entscheidungen eben **n i c h t d e s V o l k e s W i l l e** repräsentiert wird!

Ganz deutlich konnte man das bei der sogenannten „Neuen Europapolitik" des damaligen Bundeskanzlers HELMUT KOHL sehen;

und dieser Liebling Washingtons, Jerusalems und Warschaws setzt sich auch heute noch breit grinsend vor die Fernsehkamera, um augenzwinkernd zu erklären, er wisse sehr wohl, daß die Entscheidung zur Abschaffung der stabilen DEUTSCHEN MARK von einer großen Mehrheit der Deutschen **a b g e l e h n t w u r d e**, aber dennoch sei diese seine Entscheidung damals „korrekt" und „richtig" gewesen... Auch an diesem Beispiel wird noch einmal das Demokratieverständnis unserer sogenannten „Eliten" deutlich, die sich einen Dreck um die Meinung des Volkes scheren,



wenn ein anderes Ziel, von internationalen Dunkelmännern angestrebt, politisch durchgesetzt werden muß. HELMUT KOHL mißachtete bekanntlich nicht nur den erklärten Volkswillen der Deutschen, - e r war es auch, der die HORROR-Lüge von den angeblich „ermordeten 500.000 Zigeunern" salonfähig machte, - und ebenfalls e r handelte den heimtückischen Vertrag mit dem damaligen „Zentralrats"-Vorsitzenden GALINSKI aus, der die Grundlage schuf, um hunderttausende Rußland-Juden nach Deutschland einzuschleusen. Einzelheiten dieser Abmachung zwischen KOHL und GALINSKI werden bis heute regierungsamtlich aus durchsichtigen Gründen als STRENG GEHEIM unter Verschuß gehalten.

Da kommt uns zwangsläufig ein böser-, aber berechtigter Verdacht: bekanntlich verschweigt HELMUT KOHL seit Jahr und Tag beharrlich, w e r ihm damals diese illegalen Millionen-Spenden übergab; - nicht ohne Grund darf deshalb gemutmaßt werden, „ v o n w e m " und in welchem Zusammenhang diese Gelder damals geflossen sind... (!) Aber in dieser Sache heute bestimmte Namen oder Institutionen zu nennen, würde uns erfahrungsgemäß sofort wieder dem Vorwurf des „Antisemitismus" aussetzen...

**„Wenn kritische Tatbestände gewissermaßen dank Verschwörung der Macht- und Meinungshaber vor dem Publikum nicht erörtert werden können, fängt der demokratische Prozeß an, seinen Sinn zu verlieren.“**

(Johannes Groß, Herausgeber von ‚CAPITAL‘ und ‚IMPULSE‘, in ‚IMPULSE‘ Nr. 3/1988; Seite 3)

## **Parteien-Diktatur ist keine Demokratie !**

Alles bisher Erwähnte kann natürlich nur der winzige Ausschnitt einer kritischen Zustandsbeschreibung sein. Mit unzähligen Beispielen läßt sich sowohl an moralischen- als auch an juristischen Gesichtspunkten belegen, daß das politische System der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND die Bezeichnung „DEMOKRATIE“ nicht verdient hat! Faktisch handelt es sich vielmehr um eine skrupellose Parteien-Diktatur, die der Öffentlichkeit über Bildungseinrichtungen und Massenmedien als „D e m o k r a t i e“ verkauft wird.

Dieser Etikettenschwindel wird auch schon entlarvt, wenn wir den Artikel 21 des GRUNDGESETZES betrachten. Dort werden die Aufgaben der Parteien in Absatz 1 wie folgt beschrieben :

**„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“.** In der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND aber wirken die Parteien nicht bei der politischen Willensbildung mit, sondern s i e beherrschen praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen- und politischen Lebens. Im Grunde haben sie sich den Staat zur Beute gemacht, und über ein von ihnen selbst gebasteltes PARTEIEN-FINANZIERUNGSGESETZ bitten sie die Bundesbürger schamlos zur Kasse, auch wenn diese mit ihnen nicht das Geringste zu tun haben möchten. Hunderte Millionen Euro belasten jährlich den Steuersäckel, damit die Parteien ihre luxuriösen Personal- und Immobilienkosten bewältigen können...

Von den etwa 82 Millionen Bundesbürgern haben cirka 1,74 Millionen ein Parteibuch in der Tasche, und manche haben sogar zwei- oder drei davon. Das sind ganze 2,2 % der Bundesdeutschen, - oder anders ausgedrückt: es gehören (bezogen auf die 61 Millionen Wahlberechtigten) lediglich 2,8 Prozent einer Partei an: SPD = ca. 730.000, GRÜNE = ca.

50.000, CDU = ca. 630.000, CSU = ca. 180.000, FDP = ca. 65.000, PDS = ca. 85.000.

Wenn man berücksichtigt, daß nur ein ganz geringer Teil der Parteibuchbesitzer wirklich politisch aktiv ist, dann können wir sagen, daß unser Volk von weit weniger als einem halben Prozent der Deutschen „regiert“ bzw. „beherrscht“ wird.

Anders ausgedrückt: weit mehr als 99,5 % unseres Volkes haben (abgesehen von dem gewohnheitsmäßigen „Kreuzchenmachen“ alle paar Jahre) keinerlei Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Geschehen in diesem so hochgelobten „freiheitlich-demokratischen“ System!

Wie vorhin schon beschrieben, wird auch die Kandidatenauswahl selbst nicht vom „Volk“, sondern innerhalb der Parteiapparate vorgenommen. So wird das Ausmaß der pseudodemokratischen Praxis immer bewußter, und es erhärtet sich der Vorwurf, daß die weit über 97 % der Bundesdeutschen (ohne Parteibuch) alle paar Jahre lediglich als „Stimmvieh“ zu den Urnen gerufen werden, um wenigstens den Schein einer „demokratischen Ordnung“ zu wahren...

Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die mangelhafte staatsbürgerliche Erziehung an unseren Schulen nicht nur im Fach „Geschichte“ absolute Blindgänger produziert, sondern auch die formale Funktionsweise unserer staatlichen Ordnung für die meisten Wähler ein „Buch mit sieben Siegeln“ darstellt, dann ist zumindest der Verdacht berechtigt, daß hier mit listiger Absicht seit Jahrzehnten diese „Stimmvieh-Mentalität“ herangezüchtet wird, damit kritische Abweichler von der verordneten „POLITISCHEN GENERALLINIE“ zahlenmäßig unbedeutend bleiben.

Zwei Beispiele aus der Praxis:

Nicht einmal fünf Prozent der Bundesdeutschen können laut Umfragen das GESETZGEBUNGSVERFAHREN im DEUTSCHEN BUNDESTAG beschreiben, und bei den Bundestagswahlen kennen mehr als zwei Drittel nicht den Unterschied bzw. die Bedeutung von Erst- und Zweitstimmen auf dem Stimmzettel! Mit der Dummheit der Wähler wird in großem Stil Politik gemacht! - So sehe ich noch heute, wie der damalige FDP-Spitzenpolitiker HANS-DIETRICH GENSCHER vor Jahren in einem Fernseh-Wahlkampf-Beitrag händeringend die Wähler beschwor, den FREIEN DEMOKRATEN „doch wenigstens nur die Zweitstimme“ zu geben, und er suggerierte damit schamlos und listig, diese Zweitstimme „sei doch nicht so wichtig...“ In Wahrheit aber wird der Anteil aller Parteien im Bundestag (abgesehen von den wenigen sogenannten „Überhangmandaten“) einzig und alleine über die Anzahl der abgegebenen Zweitstimmen erzielt! **Die Zweitstimme ist somit die mit Abstand wichtigste Stimme bei der Bundestagswahl! Mit der „Erststimme“ wird lediglich in den einzelnen Wahlkreisen der jeweilige Direkt-Kandidat ermittelt...**

Schon diese zwei Beispiele belegen, daß vom sogenannten „Mündigen Bürger“ im Sinne staatsbürgerlicher Verantwortungsfähigkeit hier in Bundesdeutschland überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Eine wirkliche Demokratie ist aber nur denkbar, wenn mündige Bürger die Zusammensetzung der Parlamente bestimmen. „Mündige Bürger“ aber sind nur solche Wähler, deren staatsbürgerlicher Horizont den Wert und die Auswirkungen der eigenen Stimmabgabe richtig einschätzen läßt - und die darüber hinaus über ein solides und wahrheitsgetreues Geschichtsbild verfügen.

Bei Fehlen dieser Eigenschaften sind den Manipulationen

deutschfeindlicher Agitatoren Tür und Tor geöffnet!  
Genau diesen Zustand aber haben wir hier in der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND seit Jahrzehnten!

Um einen PKW im Straßenverkehr steuern zu dürfen, muß man bekanntlich eine umfangreiche Fahrausbildung und die bestandene Prüfung nachweisen. Um Lehrlinge auszubilden, ist ein Meisterbrief erforderlich; - und selbstverständlich verlangt man in der „Freien Wirtschaft“ eindeutige Qualifikationen, um bestimmte Führungspositionen besetzen zu können.

In der Politik jedoch ist alles anders: um das Regierungsschiff des Staates in Fahrt zu bringen, genügt im Grunde eine zahlenmäßige Majorität von „Schwachsinnigen“, um das einmal überspitzt auszudrücken, weil bei den Wahlen bekanntlich die Stimme eines schwachsinnigen Analphabeten genauso viel wiegt wie diejenige eines Politologie-Professors!

**„Die Parteien haben im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland alle Fäden in der Hand. Kehrseite ihrer alles beherrschenden Stellung ist die völlige Entmachtung des Volkes.“...**

**„Unsere Demokratie ist kritikwürdig, weil sie in Wahrheit keine Demokratie ist. Die pseudo-demokratie muß erst zur wirklichen Demokratie gemacht werden.“**

(Professor Hans Herbert von Arnim, siehe ‚DIE WOCHE‘ vom 18.8.1994; Seite 8)

## **Fragwürdige Rechtspraxis**

**Nach allgemeinem Verständnis ist eine der vornehmsten und überzeugendsten Bausteine der Demokratie die sogenannte „Gewaltenteilung“:**

**Legislative** (Gesetzgebende Versammlung),  
**Exekutive** (Vollziehende Gewalt: Regierung, Polizei...) und  
**Judikative** (Richterliche Gewalt).

Diese drei Säulen bilden das Fundament einer staatlichen Ordnung, die einerseits die Machtbefugnisse der Herrschenden eingrenzen und kontrollieren soll, - andererseits eine gerechte und unvoreingenommene Gerichtsbarkeit für alle Bürger gleichermaßen garantieren will. Letzterer Säule, der Judikative, kommt deshalb in einer Demokratie eine überragende Bedeutung zu. Wenn die Judikative durch Einflußnahme von „oben“ oder von „außen“ ihre strikt gebotene Unabhängigkeit einbüßt oder auch nur teilweise aufgibt, ist die gesamte rechtliche- und auch sittliche Ordnung des Staates gefährdet!

Seit Jahrzehnten beklagen Verfassungsrechtler ohne Erfolg die antidemokratische Praxis beim Ernennen der höchsten Richter in Deutschland. Regelmäßig erscheinen in überregionalen Zeitungen und Juristenblättern ähnliche Beiträge wie der folgende vom 26. August 1995 in der Kasseler „H N A“:  
„.... Anders als vom Grundgesetz gefordert, werden die vom Bundestag zu bestimmenden Richter nicht vom Plenum gewählt, sondern von einem höchst vertraulich- und oft unter geheimnisvollen Umständen tagenden zwölfköpfigen Ausschuß. Und auch dessen Mitglieder haben eigentlich nur noch mit Zweidrittel-Mehrheit dem zuzunicken, was die Chefunterhändler ihrer Parteien ausgehandelt haben: eine Höchstform parteipolitischer Absprache - man könnte auch sagen: K u n g e l e i . . .“

Durchaus bemerkenswert ist bei diesem Vorgang die Zahl „ 1 2 “, die auch an vielen anderen politischen Macht-Stätten ins Auge fällt. Die Fahne der EUROPÄISCHEN UNION wird beispielsweise geziert von zwölf Sternen, wobei die Bedeutung dieser Zahl „ 12 “ in der Springer-Zeitung „WELT AM SONNTAG“ vom 26.09.1998 wie folgt beschrieben wird: „Die Zwölfzahl der Sterne ist ein Hinweis auf die zwölf Stämme Israels und somit auf das Auserwählte Volk Gottes“. Dies nur am Rande.

Nicht nur das Bundesverfassungsgericht wird über machtpolitische Verteiler-Absprachen von den Parteistrategen besetzt, sondern auch die anderen fünf obersten Gerichtshöfe: Bundesgerichtshof, Bundesfinanzhof, Bundesverwaltungsgericht, Bundessozialgericht und Bundesarbeitsgericht.

Was auf Bundesebene zur Freude der Mächtigen funktioniert, wird von den Politikern der einzelnen Bundesländer ohne Skrupel nachgeahmt.

Und es sind keineswegs nur die obersten Gerichte, sondern praktisch der gesamte Führungs- und Verwaltungsapparat bei den staatlichen Behörden. Kenner der Szene berichten gar von existierenden „Beförderungslisten“, die bei Stellenbesetzungen und Beförderungen den „Interessenausgleich“ zwischen den einzelnen Bundestagsparteien gewährleisten sollen.

So entsteht -wie von Geisterhand gelenkt- eine unübersehbare Bevorzugung solcher Beamten, die mit (dem richtigen) Parteibuch ausgestattet sind gegenüber jenen Staatsdienern, die den geforderten Neutralitätsgrundsatz im öffentlichen Dienst bewußt dadurch zur Geltung bringen, daß sie sich k e i n e r politischen Partei anschließen. Auch diese Benachteiligung von parteiunabhängigen Beamten und Angestellten ist ein klarer Verstoß gegen gültige Gesetze und ein Beleg für die zunehmende Verwandlung unseres

Gemeinwesens in einen parteiologarchischen Selbstbedienungsladen.

Für mächtige internationale Drahtzieher jenseits unserer Grenzen wird die Einflußnahme auf innerdeutsche Belange auf diese Weise zum Kinderspiel. Denn obwohl bereits im Artikel 1 (Abs. 3) des Grundgesetzes unmißverständlich bestimmt ist, daß sowohl die Gesetzgebung als auch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung an die GRUNDRECHTE als unmittelbar geltendes Recht gebunden sind, werden diese angeblich verbürgten „Grundrechte“ regelmäßig unterlaufen, sobald es um nationalbewußte, volkstreuere Kritiker geht, die sich gegen die unverschämten Erpressungs- und Ausplünderungsmachenschaften internationaler Globalstrategen oder gegen die von außen gewollte multikulturelle Zerstörungs-Ideologie wehren. Zwar heißt es im Artikel 5 (Abs. 1) ganz eindeutig:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten...“, aber dieses Grundrecht aller Deutschen steht in der Praxis nur jenen zu, die sich an den politischen Vorgaben der westlichen Siegermächte von 1945 orientieren. Kritisches Hinterfragen geschichtlicher Zusammenhänge oder gar das strikte Bestreiten behaupteter Vorgänge können in diesem „freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte“ sehr schnell zu „Straftatbeständen“ umgedeutet werden, weil mächtige „Aufpasser“ in WASHINGTON, JERUSALEM, LONDON und andernorts es so fordern.

Somit wird auch der Grundgesetzartikel 3 zur Farce: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, ... seiner religiösen oder **politischen Anschauungen** benachteiligt oder bevorzugt werden...“ (Abs. 3)



**„Die politischen Parteien sind derzeit in der Lage, die Justiz unter permanentem Verstoß gegen die Verfassung mit Gefolgsleuten der eigenen Couleur auszustatten, und zwar umso ungenierter, je höher die Ämter sind. Die Günstlingswirtschaft erzeugt zwangsläufig einen Geist in der Justiz, der sich der Politik und den Parteien verpflichtet fühlt. Was not tut, ist eine Ächtung und strafrechtliche Verfolgung der Ämterpatronage.“**

(Oberstaatsanwalt Dr. Werner Schmidt-Hieber und Rechtsanwalt E. Kiesswetter in *„Neue Juristische Wochenschrift“*, Heft 29 vom 15.7.1992; Seite 1790)

## **Rufmordkampagnen gegen volkstreue Deutsche**

Im „freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte“ können in der Tat die schrillsten Randgruppen der Gesellschaft darauf vertrauen, daß sie von staatlichen Organen weitgehend unbehelligt bleiben, auch wenn sie ganz bewußt ihre niederen Instinkte als Volks- und Landesverräter ausleben.

Ob ein „Grünen“-Bundestagsabgeordneter (Dr. Ulrich Briefs am 21.6.1990) im Deutschen Bundestag ausruft: **„Es darf nie wieder Deutschland geben, nie wieder Deutschland!“**, oder ob andere Vorzeigedemokraten Transparente tragen, auf denen sie mit großen Buchstaben fordern: **„Deutschland verrecke!“**, - oder wieder andere, die in der sächsischen Landeshauptstadt DRESDEN dem britischen Massenmörder Arthur Harris ausdrücklich d a n k e n für seine verbrecherische Bomber-Strategie gegen die deutsche Zivilbevölkerung, - und nicht genug damit: diese bundesdeutschen Musterexemplare moderner Erziehungskünste

bitten ihren geistesverwandten „Bomber-Harris" zugleich auch noch inständig „es doch wieder zu tun" ( ! ), also das Ausradieren deutscher Städte zu wiederholen..., - und ... und ... und ...; -

aber alle diese unfäßbaren Begebenheiten werden geduldet, ignoriert oder gar als „Ausdruck freier Meinungsäußerung" geschützt.

Den Straftatbestand der „Volksverhetzung" (§ 130 StGB) erfüllt nach gängiger Praxis hingegen nur derjenige, der Zweifel äußert an den von den Siegermächten und anderen Nutznießern behaupteten Vorgängen während der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Auf diese Weise will man erreichen, daß die w a h r e n Hintergründe dieses schrecklichen Krieges nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangen und die damals (in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts) t a t s ä c h l i c h zum Kriege Drängenden nicht benannt werden.

Kurz nach diesem Kriege hatte der bekannte US-Publizist WALTER LIPPMANN schon geschrieben:

**„Erst wenn die K r i e g s p r o p a g a n d a der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, erst dann kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden."**

Das Ergebnis dieser jahrzehntelangen Dauerberieselung durch Schulen und Massenmedien liegt längst vor, und es gibt keinen Zweifel, daß alle Übel unserer Zeit auch in dieser menschenverachtenden G e h i r n w ä s c h e wurzeln.

Die völlig einseitige Darstellung mitteleuropäischer Geschichtsabläufe vernebelt nicht nur den Blick zurück, sondern, was noch viel schwerwiegender ist: sie verbaut auch systematisch d i e Z u k u n f t der jungen Generation! Von

Kindesbeinen an hören und sehen die jungen Deutschen tagtäglich, welch „böartigem Volk" sie angeblich angehören, - welch schlimme Schandtaten ihre Eltern und Großeltern während der sogenannten „Nazi-Zeit" angeblich vollbracht hätten; - und auf diese Weise wurden und werden die Heranwachsenden in unserem Lande regelrecht g e l ä h m t , und sie werden u n f ä h i g g e m a c h t , den in anderen Ländern ganz natürlichen Selbstbehauptungswillen zu entwickeln. Über diese satanische Erziehungspraxis hat man bereits zwei deutsche Nachkriegsgenerationen zu wehrlosen Ausplünderungsopfern herangezüchtet!

Den Gipfel dieser systematischen Entmündigungsorgien gegen unser Volk erleben wir beim staatlich verordneten „ K a m p f g e g e n R e c h t s " , der im Klartext nichts anderes darstellt als eine mit Steuergeldern finanzierte Konzertierte Aktion volksvergessener Politiker, Mediengestalter, Kirchen- und Gewerkschafts-Funktionäre im Bündnis mit dem gewalttätigen linken Pöbel der Straße, um jede nationale Regung unseres Volkes und erst recht eine volkstreue Partei bereits im Keime zu ersticken.

Der sogenannte „Kampf gegen Rechts" ist längst zu einem K a m p f g e g e n d a s R e c h t geworden, der im Grunde noch viel perfider und heimtückischer geführt wird als die schändlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Oppositionelle in totalitären Staaten. Denn immerhin kennt d o r t ein kritischer Dissident die Böartigkeit des Systems, und er weiß, auf welche Gefahren er sich einläßt. Hier, in unserer meist hochgelobten „Demokratie" jedoch g l a u b t er, von seinen verbürgten Freiheitsrechten Gebrauch machen zu dürfen, bis ihn dann die staatlichen Verfolgungsbehörden unter dem Beifall mächtiger Aufpasser in WASHINGTON und JERUSALEM eines Besseren belehren...

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat es in den vergangenen Jahren viele tausend Strafprozesse und Verurteilungen gegeben, wobei die Verurteilten nicht etwa Kriminelle waren, sondern Menschen mit der „falschen“ Gesinnung, Menschen, die z.B. solche Flugblätter verteilten, die den derzeit Mächtigen ein Dorn im Auge sind...

Die „Väter und Mütter des Grundgesetzes“ würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erfahren könnten, was aus ihrer Nachkriegs-Demokratie in Deutschland geworden ist...

Weil die Massenmedien überwiegend von karrieretrunkenen Opportunisten durchsetzt sind, erfährt die Öffentlichkeit kaum etwas von der schändlichen Vorgehensweise gegen jene Deutschen, die den systematisch vorangetriebenen Untergang unseres Volkes nicht hinnehmen wollen.

Da werden Jugendliche verhaftet, weil sie z. B. die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen haben. Weil die dritte Strophe des Deutschlandliedes zur Nationalhymne der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND erhoben wurde, glauben übereifrige Polizisten fälschlicherweise, die beiden ersten Strophen seien „verboten“...

Da werden volkstreuere Parteien und andere demokratisch-nationale Organisationen von staatlichen Geheimdiensten unterwandert, wobei sich die Staatsorgane nicht zu schade sind, zu kriminellen Handlungen anzustiften und Gesetzesbrecher mit Geldgeschenken zu ködern, damit man später eine Handhabe zum Verbot mißliebiger Organisationen hat.

Da werden Gastwirte von Behörden unter Druck gesetzt, an sogenannte „Rechte“ keine Räumlichkeiten für Versammlungen zu vermieten, - da kündigen Banken und Sparkassen reihenweise die Konten von völlig unbescholtenen Bürgern mit der Begründung, sie hätten die „falsche“ politische Gesinnung...

Da erscheinen Polizisten und „Verfassungsschützer“ bei Arbeitgebern, um ihnen mitzuteilen, sie hätten einen „Rechtsradikalen“ unter der Belegschaft...

Da werden junge Bundeswehrsoldaten aus der Truppe „entfernt“, weil sie patriotische Überzeugungen vertreten. In allen Armeen der Welt wird eine patriotische Einstellung belohnt und ausgezeichnet, aber unter den absurden Bedingungen bundesrepublikanischer Wehrerziehung werden die Treuesten im Lande für ihre Haltung auch noch bestraf t . . .

Da verlangen Vorgesetzte von ihren unterstellten Polizeibeamten, nationale Bürger „nicht mit Samthandschuhen anzufassen...“

Da erscheinen in den frühen Morgenstunden vielköpfige Rollkommandos der Polizei, um Häuser und Wohnungen auf den Kopf zu stellen, weil sie dort kritische Tonkassetten und Flugblätter vermuten...

Da werden öffentliche Auftritte patriotischer Vereinigungen mit allen Schikanen staatlicher Willkür behindert und auch v e r h i n d e r t , und nicht selten wirken bei solchen antidemokratischen Schandtaten die linksterroristischen Gewalttäter der Straße in zweckdienlicher Harmonie zusammen mit den Sicherheitsorganen des Staates, die eigentlich für einen reibungslosen Ablauf genehmigter Veranstaltungen zu sorgen hätten.

Da wird bei jeder Keilerei zwischen einem Ausländer und einem Deutschen regelmäßig Partei ergriffen für den Ausländer, während der Deutsche angeblich ein „Rechtsradikaler“, ein „Rassist“ und damit „der Schuldige“ sein muß... Jedes einzelne Ausländer-Opfer wird in den sensationshungrigen Massenmedien wie ein liebevoller, friedfertiger Musterknabe

dargestellt, und wochenlang liefert ein solcher Fall die Schlagzeilen in den Zeitungen, während die vielen tausend d e u t s c h e n O p f e r blutiger Ausländer-Kriminalität bestenfalls eine Randnotiz in der Regionalpresse wert sind...

Da startet die Bundesregierung ein sogenanntes „Aussteigerprogramm“, um Nationalgesinnte zum Verlassen ihrer patriotischen Vereinigungen zu bewegen. Für diese wahnwitzige Gesinnungsschnüffelei und Charakterverbiegung wurden bisher bereits mehrere hundert Millionen Euro an Steuergeldern verpraßt, obwohl für dringend gebotene Maßnahmen im Gesundheitswesen und im Sozialbereich seit langem die Mittel fehlen...

Da erdreistet sich ausgerechnet jene Spitzenfunktionärin des Berliner Machtapparates, die eigentlich als höchste Amtspflicht die Freiheitsrechte aller Bundesbürger verteidigen müßte, sogenannte „**Leitlinien für den Umgang mit Rechts-extremen**“ herauszugeben.

Frau Dr. phil. Cornelia Sonntag-Wollgast, von 1998 bis 2002 immerhin parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern und seit 2002 gar Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, hat in diesem Pamphlet noch einmal verdeutlicht, welch Geistes Kind sie ist... Hier einige Kostproben aus ihren „Leitlinien“:

- „Rechtsextreme Parlamentarier und Parteifunktionäre sind keine Politiker wie alle anderen - und dürfen auch nicht als solche behandelt werden... Rechtsextreme darf man ausgrenzen...“
- „Rechtsextreme Meinungsführer und Aktivisten verdienen keine verständnisvolle Behandlung. Auch die Wähler und Wählerinnen der rechtsextremen Parteien dürfen nicht mit Samthandschuhen angefaßt werden...“

- „Interviews und Statements rechtsextremer Politiker zu aktuellen Ereignissen sind mit höchster Vorsicht zu behandeln, um den Neonazis nicht die gewünschte Plattform zu bieten..."
- „Angesichts latent rechtsextremer Einstellungen bei vielen Bürgern ist auch Vorsicht geboten bei der Abbildung von ‚Volkes Stimme‘, sei es in Leserbriefen oder Umfragen..."

**Nun wissen wir auch, warum verantwortungsbewußte, volkstreue Leserbriefe so selten in den Zeitungen abgebildet werden!**

**Da die heute so übermächtige Parteien-Nomenklatura sich vor des Volkes Stimme fürchtet wie der Teufel vor dem Weihwasser, bestimmt sie selbst, w e r als „Rechtsradikaler" oder gar als „Neonazi" zu gelten hat. Dabei schreckt man vor keiner Lüge zurück...**

**N e i n , diese mustergültigen Vorzeige-„Demokraten" haben nicht einmal das kleine Einmaleins der Demokratie verstanden!**

**„Nur ein Unglück ist unheilbar:  
wenn ein Volk sich selbst aufgibt!"**

(Johann Wolfgang von Goethe)

## **DIE EUROPÄISCHE UNION als antidemokratischer S u p e r - G A U**

In Japan gilt es als eine besondere Schande, wenn jemand „sein Gesicht verliert".

Die eingeleitete „NEUE EUROPAPOLITIK" von BRÜSSEL und STRASSBURG wird unweigerlich schon in absehbarer Zeit

dazu führen, daß ein ganzer Kontinent sein Gesicht verliert!

Am Beispiel dieser „NEUEN EUROPAPOLITIK“ wird noch einmal besonders deutlich, wie ohnmächtig wir Bürger, wir Wähler doch in Wahrheit sind, wenn mächtige Interessenvertreter die politischen Weichen in die ihnen nützliche Richtung umstellen.

Obwohl jedes Kind bereits in der Schule lernt, Demokratie bedeute „Volksheerrschaft“, ja das Volk sei der eigentliche „Souverän“ in einem demokratischen Staat, geschahen und geschehen hier inmitten unseres Alten Kontinents die einschneidendsten politischen Veränderungen mit gar nicht absehbaren Folgen für uns alle, und der eigentliche „Souverän“, wir Bürger im angeblich doch „freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte“, wir wurden und werden dabei nicht einmal gefragt, ob wir das überhaupt wollen.

Die bundesdeutschen Spitzenpolitiker, ganz oben der damalige Bundeskanzler HELMUT KOHL, hatten allerdings viele Gründe, diese Politik über die Köpfe-, ja gegen den ausdrücklichen Willen des Volkes durchzusetzen. Wer noch zwei plus zwei zusammenzählen kann, wußte von Anfang an, daß mit Verwirklichung der Maastrichter- und Amsterdamer Verträge in Europa eine gigantische Umverteilung in Gang gesetzt wurde, und dies ohne Frage in erster Linie zu Lasten Deutschlands!

Genau das ist der eigentliche Grund, warum es hier bei uns (im Gegensatz zu anderen EU-Staaten) weder eine ernsthafte Diskussion noch gar eine Volksabstimmung über den Verlust der eigenen Währung und später auch über die sogenannte „EU-Verfassung“ gegeben hat.

Die Abgabe wesentlicher Souveränitätsrechte der Bundes-



regierung an eine übergeordnete Zentralgewalt in BRÜSSEL bedeutet faktisch den Entzug elementarer Freiheitsrechte für unser Volk. Inzwischen wird von Brüssel aus massiv in die innersten Angelegenheiten der Deutschen, aber auch der anderen EU-Mitglieder hineinregiert; diktatorische EU-Verordnungen werden von den nationalen Regierungen nur noch in innerstaatliches „Recht“ umgesetzt, und sobald die mächtigen EU-Kommissare nationale Versäumnisse bei der befohlenen Umsetzung wittern, drohen horrende Disziplinierungs-Strafen. Eine der niederträchtigsten Verratshandlungen am eigenen Volk leisteten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als sie den in BRÜSSEL beschlossenen „Europäischen Haftbefehl“ als Zeichen der Ergebenheit verabschiedeten, wonach -in krassem Widerspruch zum Grundgesetz- deutsche Staatsbürger an jedes Mitgliedsland der EU ausgeliefert werden sollen, sobald von dort ein noch so zwielfichtiger Haftbefehl erfolgt (auch wenn die angebliche „Straftat“/ „Meinungsäußerung“ in Deutschland überhaupt nicht verboten ist!).

Der langjährige CSU-Spitzenpolitiker FRANZ-JOSEF STRAUSS hatte wohl den richtigen Riecher, als er die Neugestaltung der E U als „Umzug des Zentralkomitees von Moskau nach Brüssel“ bezeichnete.

In der Tat gibt es verblüffende Gemeinsamkeiten im Führungsstil beider V ö l k e r u n t e r d r ü c k u n g s - I n s t i t u t i o n e n , und es ist schon bemerkenswert, wie sehr doch die hohen „ E U - K o m m i s s a r e “ schon im Titel an die „ R o t e n K o m m i s s a r e “ des sowjetischen Zwangssystems erinnern...

Die neue sogenannte „EUROPÄISCHE UNION“ ist ein Konstrukt internationaler Globalstrategen, die nach dem Ende

der Ost-West-Konfrontation und schließlich nach dem Zerfall der Sowjetunion selbst, unbedingt verhindern wollten, daß die einzelnen Staaten in Europa in freier Selbstbestimmung ihre Geschicke nun selbst in die Hand nahmen. In der westlichen Hemisphäre wurden bereits seit Jahrzehnten alle maßgeblichen Entscheidungen in streng-geheimen Zirkeln getroffen, die der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Zahlreiche Karriere-Politiker in den einzelnen Staaten waren schon vor der „Wende“ nützliche Willensvollstrecker internationaler Finanz- und Wirtschafts-Imperialisten.

Nun, nach Wegfall der „Bedrohung aus dem Osten“, war endlich der Weg frei für eine europaweite Offensive im Sinne weit vorausplanender Geostrategen, und DEUTSCHLAND sollte dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Wenn man schon nicht die europäische Mitte für alle Zeiten geteilt halten konnte, was viele unserer angeblichen „Freunde“ im Westen nur allzu gerne getan hätten, dann sollte die nun zwischen Aachen und der Oder kleinvereinigte Bundesrepublik doch wenigstens so in eine europäische „Neukonstruktion“ und in andere internationale Vertragswerke und Verpflichtungen eingebunden werden, daß nicht das deutsche Volk selbst, sondern die sattsam bekannten unersättlichen internationalen Machtstrategen das Schicksal der europäischen Mitte für alle Zukunft bestimmen!

Und obwohl das „neue“ DEUTSCHLAND nun doch wirklich für seine gewaltige Aufbauarbeit jede einzelne Mark bzw. jeden einzelnen Euro selbst benötigt, hat man gleichzeitig für gewisse Interessengruppen jenseits unserer Grenzen einen möglichst nie versiegenden Zapfhahn am bundesdeutschen Steuersäckel angebracht... Hier, und daneben in den vielen Milliarden für Scheinasylanten und Asylbetrüger, für die Kassen der EU, der NATO und der UNO liegen die wahren Ursachen für die astronomische Staatsverschul-

dung, für Massenarbeitslosigkeit, für die Bildungskatastrophe und den Zusammenbruch unserer Sozialsysteme!

Deshalb fordern verantwortungsbewußte demokratische Patrioten seit langem eine U m k e h r aus dieser europa-politischen S a c k g a s s e .

Dafür wirft man ihnen in der bei den internationalen Abzockern üblichen Gehässigkeit wider besseres Wissen vor, sie seien „gegen Europa“...

Eine solche Unterstellung ist aber nichts anderes als eine demagogische Lüge! Wie können deutsche-, französische-, dänische- oder polnische Patrioten „g e g e n E u r o p a “ sein? - schließlich sind wir doch alle E u r o p ä e r , und deshalb sind u n s e r e politischen Vorstellungen selbstverständlich darauf gerichtet, daß EUROPA auch E u r o p a b l e i b t , daß Europa als KONTINENT DER EUROPÄER eine Zukunft hat, daß wir weder ein Spielball internationaler Machtstrategen-, weder ein entmündigtes Anhängsel der Großmacht USA werden - noch über den zwangsverordneten Teufelsweg einer multikulturellen Umvolkungsstrategie in wenigen Generationen ein völlig anderes-, ein dann allerdings n i c h t m e h r „ e u r o p ä i s c h e s “ A n t l i t z haben!

E U R O P A ist mit seiner in zwei Jahrtausenden gewachsenen Eigenart, mit seiner großartigen schöpferischen V i e l f a l t nun einmal nicht zu vergleichen mit den Einwanderungskontinenten wie z.B. AMERIKA oder AUSTRALIEN. Deshalb kann ein Nacheifern us-amerikanischer Verhältnisse nur ein Irrweg sein!

Ein freiheitliches G e g e n m o d e l l für eine europäische Zukunftsordnung unabhängiger Völker würde dem undemokratischen, zentralistischen Gewaltssystem der heutigen „EU“ ein Ende setzen:

**Statt der leichtfertigen und unbezahlbaren Erweiterungs-Inflation bisheriger Praxis sollte eine m i t t e l e u r o p ä - i s c h e Kernordnung geschaffen werden, deren Mitglieder sich beschränken auf die Gründungsstaaten der einstigen „EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT“, also auf DEUTSCHLAND, FRANKREICH, ITALIEN und die BENELUX-Staaten, - und dazu könnten als verkraftbare Größen selbstverständlich unser Bruderland OESTERREICH, ferner auch DÄNEMARK und TSCHECHIEN treten.**

Dieses Kerneuropa, das in den vergangenen 1500 Jahren gewissermaßen als die Seele des sogenannten „Christlichen Abendlandes“ galt und mehr oder weniger eine kulturelle Einheit darstellt, **dieses Europa Freier Völker** hätte zweifellos die Kraft zur Selbstverwirklichung - und im Notfall auch zur Verteidigung seiner in zwei Jahrtausenden gewachsenen E i g e n a r t in V i e l f a l t!

Dieser Staatenverbund wäre mit immerhin mehr als 250 Millionen Bewohnern sogar um hundert Millionen reicher als der flächengrößte Staat der Erde, das riesige eurasische Rußland!

Und dieses **EUROPA FREIER VÖLKER** wäre dann wirklich ein Hort des Friedens, es könnte sich jeder Fremdeinmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Völker leicht widersetzen, es könnte seine Außengrenzen erfolgreich sichern, es würde die Früchte der Arbeit primär jenen zugute kommen lassen, die den Wohlstand mit ihrem eigenen Fleiß auch selbst geschaffen haben, - und dieses Kerneuropa könnte gleichzeitig als Motor des Fortschritts-, ja auch als Wohltäter für die anderen europäischen Staaten wirken - und natürlich auch in allen anderen Regionen der Erde wirksame Hilfe leisten...

Dies alles, ohne die milliarden schweren Reibungsverluste und Korruptionsaffären, die in der heutigen EU-Bürokratie zu beklagen sind! Die nationalen Parlamente

erhielten wieder ihren ursprünglichen Sinn und Wert als wahre Volksvertretungen.

Und eine tiefgreifende Reform der parlamentarischen Ordnung innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten würde die Mitwirkungs- und Mitgestaltungschancen der Menschen (ähnlich wie heute schon in der Schweiz) grundlegend verbessern!

Dieses kerneuropäische Modell stünde dem verlogenen-, scheindemokratischen Funktionärs-Unwesen als echte-, glaubhafte Demokratie, als eine Form **wirklicher Volksherrschaft** gegenüber. Und im Gegensatz zu den diktatorischen Einmischungspraktiken der Brüsseler EU-Kommandozentrale würden sich **die Beauftragten der einzelnen Mitgliedsstaaten im neuen EUROPA-VERBUND** darauf beschränken, daß ausschließlich nur solche hoheitliche Aufgaben zentral abgestimmt und geregelt werden, die der Sicherheit, dem außenpolitischen Gleichklang und dem wirtschaftlichen Wohlergehen im Gesamt-Geltungsbereich dienen.

Wirtschaftlich wäre ein solches Kerneuropa auf Dauer an der Spitze der Industriestaaten. Seine Innovationsfähigkeit speist sich aus dem Erfahrungsschatz vieler Generationen.

Ein kerneuropäisches harmonisches Miteinander zum Wohle aller, zu dem im Laufe der Jahre bzw. Jahrzehnte durchaus auch noch andere europäische Länder aufgenommen werden könnten, **wenn sie entsprechende Voraussetzungen erfüllen**, - ein solches Kerneuropa freier Völker wäre nicht nur ein Segen für uns Mitteleuropäer, sondern zweifellos für ganz Europa, ja für die ganze Welt, weil diese Region mit ihren 250 Millionen Bürgern eine mächtige, verlässliche Größe darstellte, deren Mitsprache bei der Lösung von Problemen rund um den Erdball fraglos

von erheblichem Gewicht wäre und überall ernstgenommen würde.

Anstelle der heutigen EU-Funktion als „liebedienerischer“ Vasall der USA, somit auch als würdeloser Komplize des ausbeuterischen-, imperialistischen Mächte-Dreiecks WASHINGTON-JERUSALEM-LONDON wäre diese unabhängige und v ö l k e r r e s p e k t i e r e n d e mitteleuropäische Friedensmacht auch für das an Rohstoffen so reiche eurasische RUSSLAND, ebenso für die großen Erdöl-Förderländer im Orient, - genauso auch für die bevölkerungsreichsten Staaten CHINA und INDIEN, für JAPAN, für den gesamten PAZIFIK-Raum, für SÜD- und NORDAMERIKA und für AFRIKA der ideale Wirtschaftspartner!

**Sich für eine solche Zukunftsidee mit ganzer Hingabe einzusetzen, wäre eine lohnende Aufgabe für uns alle, - ganz besonders aber für die J u n g e G e n e r a t i o n , weil die Zukunft unseres so vielfach geschundenen Alten Kontinents nur dann eine allseits verlässliche d e m o k r a t i s c h e F r i e d e n s o r d n u n g sein wird, wenn raumfremde Unruhestifter und Finanzbarone ihren politischen Einfluß verlieren und w a h r e V o l k s v e r t r e t e r die politische Verantwortung übernehmen!**

**„Europa als Ganzes wird nur dann eine Zukunft haben, wenn das Herz des Alten Kontinents gesund ist; das Herz des Alten Kontinents aber heißt *Deutschland!*“**

(W. Juchem 1986 in der Broschüre  
,Deutschlands Einheit wäre Europas Zukunft!')

## Nachwort

Wohl kaum jemand hat sich zur Zeit der politischen Wende (1989/1990) vorstellen können, daß es einmal so weit kommen könnte: Eine staatliche Verschuldung von sage und schreibe mehr als 1,5 Billionen Euro lastet als zukunfts-mordende Hypothek nicht nur auf uns heute Lebenden, sondern noch viel gravierender auf unseren Kindern und Kindeskindern. Schon jetzt können nicht einmal mehr die Zinsen für diesen Schuldenberg bezahlt werden, ohne dafür immer neue Schulden zu machen. Wer angesichts einer solchen Fehlentwicklung immer noch an „Zufälle“ oder an unvermeidbare „höhere Fügungen“ glaubt, dem dürfen wir getrost eine gewaltige Portion politischer Naivität unterstellen...

Die allgemeinen Verformungen unseres gesellschaftlichen Alltags, die rapide Zerstörung des über Generationen so bewährten und bewunderten deutschen Sozialnetzes und die Unfähigkeit der Politiker, diesen Prozeß zu verhindern bzw. aufzuhalten, ja eigentlich alle Übel unserer Zeit, letztlich auch der selbstmörderische Geburtenrückgang und auch die beschämenden Ergebnisse der PISA-Studie an unseren Schulen, alle diese krankhaften Zeiterscheinungen wurzeln auch in der traurigen Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland -entgegen aller Beteuerungen- kein wirklich souveräner Staat ist.

Nach wie vor gelten die sogenannten „Feindstaatenklauseln“ der UNO, die Artikel 53 und 107, die den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges das Recht einräumen, entweder vereint oder auch einzeln militärisch gegen Deutschland vorzugehen, sobald sie hier eine (wie auch immer definierte) „Nazi-Gefahr“ zu entdecken glauben...

Statt eines Friedensvertrages hat man deshalb nach den eiligst

organisierten „Zwei-Plus-Vier“-Verhandlungen ein mehr als zwielichtiges Ersatz-Vertragswerk unterzeichnet, das zwar offiziell einen Schlußstrich unter die Kriegs- und Nachkriegsepoche ziehen sollte, das aber nach alter S i e g e r - Manier z.B. die weltgeschichtlich einmaligen Vertreibungs- und Landraubverbrechen an unserem Volk einfach unter den Teppich kehrte - und zusätzlich ganz wesentliche und einschneidende Vorbehaltsrechte der Siegermächte von 1945 zum festen Bestandteil unseres angeblich doch „souveränen“ demokratischen Rechtsstaates machte.

Erinnert sei an den Artikel 139 des GRUNDGESETZES, den man sinnigerweise auch noch mit „Befreiungsgesetz“ überschrieben hat, und wo man ungeschminkt zugibt, daß die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges verordneten B e f e h l e vom GRUNDGESETZ unberührt bleiben, also auch weiterhin i n K r a f t s i n d !

Da die meisten Spitzenpolitiker der heutigen Bundestagsparteien ihr historisches „Wissen“ ausschließlich dem von außen verordneten-, einseitigen Geschichtsunterricht verdanken, sind sie als traurige Umerziehungsoffer der alliierten PSYCHOLOGISCHEN KRIEGSFÜHRUNG gar nicht in der Lage, die wahren Hintergründe des Zweiten Weltkrieges und die erklärten Nachkriegs-Absichten der Siegermächte zu beurteilen. So sind sie wohl mehrheitlich tatsächlich davon überzeugt, einem zutiefst „böartigen“ und „kriegerischen“ Volk anzugehören, das im Jahre 1939 ausgezogen sei, „ d i e W e l t z u e r o b e r n “ und „andere Völker zu versklaven...“

Das systematisch anerzogene „schlechte Gewissen“ wollen diese bedauernswerten Umerziehungsoffer nun als Politiker dadurch entlasten, daß sie den Mächtigen jenseits unserer Grenzen alle Wünsche von den Augen ablesen, auch wenn dies immer nur auf Kosten des eigenen Volkes geht. So können



wir täglich beobachten, wie die Akteure von Regierung und Opposition gleichermaßen bei allen Debatten, Abstimmungen und Verordnungen weniger danach frage, ob dies auch wirklich dem eigenen-, dem deutschen Volke nützt, als vielmehr immer zuallererst: „**Was wird wohl das Ausland dazu sagen?**“

Unter diesen Umständen aber ist eine Politik für das eigene Volk nicht möglich, und der Amtseid der Regierenden, wonach sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden wollen, wird nur noch als reines Lippenbekenntnis wahrgenommen!

Die im Jahre 1949 mit großen Erwartungen und Hoffnungen geborene freiheitliche Ordnung im westlichen Nachkriegs-Deutschland wurde von unfähigen und volksvergessenen Karriere-Politikern verunstaltet zu einer

„**missratenen Demokratie**“!

***Es liegt in unserer Hand, mit dem Stimmzettel endlich solche Politiker in den DEUTSCHEN REICHSTAG und in die Länderparlamente zu entsenden, die sich trotz aller Diffamierungskampagnen ein Herz für Deutschland bewahrt haben, die sich als wirkliche Volksvertreter verstehen!***

# Volkstreue Stimme

POLITIK FÜR DIE ZUKUNFT:

Weder 'links' noch 'rechts';  
ganz einfach volksnah und ehrlich!

WAS WIR WOLLEN:

Einigkeit, Recht, Freiheit,  
Frieden, Sicherheit, Ordnung,  
Souveränität, Gemeinsinn, Pflichtgefühl,  
Völkerfreundschaft, Schutz der eigenen Kultur,  
Wahrheitsgemäße Geschichtsdarstellung,  
Gesunde Familie,  
Gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt,  
Lebensfähige Bauernhöfe, Arbeit für alle,  
Sparsamer Umgang mit den  
Ressourcen der Natur,

Hoffnungsvolle Aussicht  
auch für  
kommende Generationen!

## **Liebe Leser,**

wenn auch Sie der Meinung sind, daß in einer echten Demokratie die Mehrheitsmeinung des Volkes absolute Richtschnur der Politik sein muß - und nur die geschichtliche Wahrheit zu Völkerfreundschaft und Frieden führt, dann sollten Sie Mitglied in unserem parteiunabhängigen Freundeskreis

### **AKTION FREIES DEUTSCHLAND**

werden.

Stehen Sie nicht länger abseits, sondern helfen Sie mit, daß unser Volk wieder zu sich selbst zurückfindet. Sorgen wir dafür, daß Deutschland auch in hundert Jahren noch **das Land der Deutschen** ist in einem freien Europa der Vaterländer!

Wir erwarten in unserer Gesinnungs- und Tatgemeinschaft keine festen Mitgliedsbeiträge; freiwillige Spenden werden ausschließlich für unsere notwendige Aufklärungsarbeit, für Flugblätter, Zeitungsanzeigen und Vortragsveranstaltungen verwendet.

Gegen Voreinsendung der Unkostenerstattung in Höhe von 10,- Euro erhalten Sie ihre Mitgliedskarte mit goldfarbenem Eichenlaub, einen PVC-Aufkleber, zwei hochbrisante Aufklärungsschriften und eine Auswahl unserer Flugblätter, die seit 1976 halbjährlich erscheinen.

**(Aufnahmeantrag und Bestellschein auf der Rückseite.)**

An **AKTION FREIES DEUTSCHLAND**  
**Wolfgang Juchem**  
**Postfach 1186**  
**37230 Hessisch Lichtenau**

---

Bitte ankreuzen / ausfüllen:

- Ich möchte Mitglied der parteiunabhängigen  
**AKTION FREIES DEUTSCHLAND (keine Mitgliedsbeiträge) werden**  
und füge dieser Anmeldung **10,- Euro als Unkostenerstattung bei.**
- 

### Bestellung

Ich bestelle  gegen Vorkasse  gegen Rechnung  
folgende politische Aufklärungsschriften (1 Expl. 5,-€ 10 Expl. 40,-€):

- \_\_\_ Expl. „Wahrheit und Recht gegen Lüge und Hetze“  
(Deutschlands Schicksal aus deutscher Sicht)
- \_\_\_ Expl. „Vater, ich bin stolz auf Dich!“  
(Antwort auf die Verleumdungskampagne gegen die Wehrmacht)
- \_\_\_ Expl. „Die mißratene Demokratie“  
(Aufstieg und Fall einer politischen Fremdgeburt)
- \_\_\_ Expl. Buch „Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte“  
(Schütz-Verlag, 464 Seiten, 500 Abb.; 29,65 Euro)
- \_\_\_ Stück Autoaufkleber mit goldenem Eichenlaub à 1,- Euro

**Tonkassetten/Scheiben (zutreffendes unterstreichen) Stückpreis: 8,- Euro:**

- \_\_\_ Expl. „Wahrheit und Recht gegen Lüge und Hetze“
- \_\_\_ Expl. „Alliiertes Bombenkrieg“
- \_\_\_ Expl. „Europa im Würgegriff“
- \_\_\_ Expl. „NATO-Osterweiterung“
- \_\_\_ Expl. „Arme Bundeswehr“ (Armee zwischen Eid und Bündnis)
- \_\_\_ Expl. „Deutschland – einig Vaterland“

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße)

\_\_\_\_\_  
(Postleitzahl + Ort)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Geburtsdatum)

\_\_\_\_\_  
(E-Post)



An **AKTION FREIES DEUTSCHLAND**  
**Wolfgang Juchem**  
**Postfach 1186**  
**37230 Hessisch Lichtenau**

---

Bitte ankreuzen / ausfüllen:

- Ich möchte Mitglied der parteiunabhängigen  
**AKTION FREIES DEUTSCHLAND (keine Mitgliedsbeiträge) werden**  
und füge dieser Anmeldung **10,- Euro als Unkostenerstattung bei.**
- 

### Bestellung

Ich bestelle  gegen Vorkasse  gegen Rechnung  
folgende politische Aufklärungsschriften (1 Expl. 5,-€ 10 Expl. 40,-€):

- \_\_\_ Expl. „Wahrheit und Recht gegen Lüge und Hetze“  
(Deutschlands Schicksal aus deutscher Sicht)
- \_\_\_ Expl. „Vater, ich bin stolz auf Dich!“  
(Antwort auf die Verleumdungskampagne gegen die Wehrmacht)
- \_\_\_ Expl. „Die mißratene Demokratie“  
(Aufstieg und Fall einer politischen Fremdgeburt)
- \_\_\_ Expl. Buch „Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte“  
(Schütz-Verlag, 464 Seiten, 500 Abb.; 29,65 Euro)
- \_\_\_ Stück Autoaufkleber mit goldenem Eichenlaub à 1,- Euro

**Tonkassetten/Scheiben (zutreffendes unterstreichen) Stückpreis: 8,- Euro:**

- \_\_\_ Expl. „Wahrheit und Recht gegen Lüge und Hetze“
- \_\_\_ Expl. „Alliiertes Bombenkrieg“
- \_\_\_ Expl. „Europa im Würgegriff“
- \_\_\_ Expl. „NATO-Osterweiterung“
- \_\_\_ Expl. „Arme Bundeswehr“ (Armee zwischen Eid und Bündnis)
- \_\_\_ Expl. „Deutschland – einig Vaterland“

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße)

\_\_\_\_\_  
(Postleitzahl + Ort)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Geburtsdatum)

\_\_\_\_\_  
(E-Post)



**„ B ü r g e r , auf die Barrikaden !**

**Wir dürfen nicht zulassen,  
daß alles weiter bergab geht,  
hilflose Politiker das Land verrotten lassen.**

**Alle Deutschen sollten unsere Leipziger Landsleute  
als Vorbilder entdecken,  
sich ihre Parole des Herbstes 1989  
zu eigen machen:**

***Wir sind das Volk! “***

(Professor Arnulf Baring, Historiker)

**Das Abendland geht nicht zugrunde  
an den totalitären Systemen,  
auch nicht an seiner geistigen Armut,  
sondern an dem hündischen Kriechen  
seiner Intelligenz  
vor den politischen Zweckmäßigkeiten**

**(Gottfried Benn, 1886–1956)  
Arzt und Dichter**